Ausschreibungsverfahren des Landkreises Elbe-Elster

**Förderung von Aufbau und Betrieb von NGA-Breitbandinfrastrukturen
zur Erschließung von unterversorgten Gebieten des Landkreises
Elbe-Elster auf Basis des Wirtschaftlichkeitslückenmodells**

A. Verfahrensbedingungen mit Wertungsmatrix

Lose 1 - 3

Vergabenummer:

16/2017

Hinweis: Dieses Dokument ist für die 2. Stufe des Ausschreibungsverfahrens, das Verhandlungsverfahren, bestimmt und wird den ausgewählten Bietern noch gesondert zur Verfügung gestellt. Zunächst wird ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Für diesen Teilnahmewettbewerb ist dieses Dokument noch nicht relevant. Das Dokument wird zum jetzigen Zeitpunkt ausschließlich zu Informationszwecken zur Verfügung gestellt.

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeines	3
2.	Zuwendungszweck	5
3.	Leistungszeitraum	5
4.	Ausschreibungsunterlagen	6
5.	Vertragsbedingungen	7
6.	Nebenbestimmungen	7
7.	Unklarheiten, Aufklärung und Ortstermin	8
8.	Erstes Angebot	8
9.	Mit dem Angebot vorzulegende Erklärungen, Angaben und Nachweise	11
10.	Einsatz von Unterauftragnehmern	13
11.	Ablauf des Verhandlungsverfahrens	13
12.	Zuschlagskriterien/Wertungsmatrix	13
13.	Zuschlagsfrist/Bindefrist	14
14.	Kosten	14
15.	Bestimmung über nichtberücksichtigte Angebote	14
16.	Wettbewerbsbeschränkende Absprachen	14
17.	Veröffentlichung	14
18.	Datenschutz	14
19.	Nachprüfungsstelle	15

1. Allgemeines

1.1 Vergabestelle und Zuwendungsgeber

Landkreis Elbe-Elster
Der Landrat

1.2 Ansprechpartner für zusätzliche Angaben

Landkreis Elbe-Elster
Zentrale Ausschreibungsstelle (ZAS)
Ludwig-Jahn-Str. 2
04916 Herzberg
DEUTSCHLAND
Kontaktstelle(n): Frau Sandy Zedler
Telefon: 03535 46-2666
E-Mail: ZAS@lkee.de
Faxnummer: 03535 46-1208
NUTS-Code: DE407
Internet-Adresse:
Hauptadresse: www.lkee.de

1.3 Verfahrensart (Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

Die Gewährung von Zuwendungen zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke steht unter der Bedingung, dass die Vorgaben des Haushalts- und Vergaberechts beachtet werden (vgl. Rn. 78c der Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (2013/C 25/01)).

Für die Auswahl von privaten TK-Netzbetreibern für den Bau und den Betrieb der NGA-Breitbandinfrastruktur muss daher ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden, das mit den Grundsätzen der EU-Vergaberichtlinie und dem Deutschen Haushalts- und Vergaberecht im Einklang steht. Im Rahmen dieses Verfahrens ist daher das wirtschaftlichste Angebot für die Durchführung des Vorhabens anhand vorab festgelegter objektiver Kriterien auszuwählen (staatliche Beihilfe SA.38348 (2014/N) sowie § 6 i.V.m. § 5 Abs. 4 Rahmenregelung der Bundesrepublik

Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden NGA-Breitbandversorgung (NGA-Rahmenregelung).

Die Vergabestelle führt daher ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gemäß § 12 Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV) i.V.m. den Regelungen aus der Vergabeverordnung (VgV) durch.

Es sind zur Berücksichtigung mittelständischer Interessen drei Gebietslose gebildet worden: Los 1 (Nord), Los 2 (Süd) und Los 3 (Gewerbe). Die Vergabestelle weist darauf hin, dass die sich die Gewerbegebiete des Loses 3 teilweise im Eigentum Dritter befinden, sodass sich der TK-Netzerrichter/-betreiber hier (teilweise) für den Ausbau auch mit den jeweiligen Eigentümern der Gewerbegebiete abstimmen muss. Hiervon wird auch die tatsächliche Realisierungsmöglichkeit abhängen.

Diese Verfahrensbedingungen gelten für sämtliche Lose. Angebote sind für einzelne Lose, aber auch für sämtliche Lose möglich.

Die Ausschreibung hat die Gewährung von Geldzuwendungen an private TK-Netzbetreiber zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke zum Ziel, damit diese eine bedarfsgerechte Breitbandversorgung im Ausbaubereich aufbauen und aufrechterhalten können. Trotz der Zuwendungen trägt damit auch der ausgewählte Bieter das unternehmerische Risiko an dem Aufbau und Betrieb des Breitbandnetzes. Die Vergabestelle führt daher das offene, transparente und diskriminierungsfreie Verhandlungsverfahren gemäß den Regelungen der KonzVgV i.V.m. den Regelungen aus der VgV durch, um für das Ausschreibungsverfahren auf die dort niedergeschriebenen Verfahrensregelungen zurückzugreifen, auch wenn es sich in der vorliegenden Konstellation (Vergabe von Fördermitteln) nicht um einen typischen, vergaberechtlichen „Beschaffungsgegenstand“ der öffentlichen Hand handelt.

Die Fördermittel sind der Höhe nach begrenzt; Ziel des Landkreises ist es naturgemäß, mit den maximal zur Verfügung stehenden Fördermitteln eine möglichst umfassende, flächendeckende Versorgung von allen privaten Haushalten und Unternehmen mit Breitbandinternetanschlüssen und entsprechenden Diensten mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s im Download am Endkundenanschluss in den oben beschriebenen Fördergebieten

zu erreichen. Einzelheiten finden sich in den drei funktionalen Leistungsbeschreibungen für die einzelnen Lose. Im Los 3 „Gewerbe“ werden höhere und symmetrische Bandbreiten erwartet!

Die Qualität des Erschließungskonzeptes sowie der tatsächlich zu erreichende Umfang der Erschließung sind daher ein maßgebliches Zuschlagskriterium. Die Ausschreibung ist technologieneutral – maßgeblich ist, dass das Förderziel erreicht wird. Über den genauen Erschließungsumfang soll mit den Bietern verhandelt werden.

2. Zuwendungszweck

Zuwendungszweck ist der Aufbau und der Betrieb zukunftsfähiger NGA-Breitbandnetze im Ausbaugbiet bzw. den derzeit noch ungenügend versorgten Gebieten des Landkreises Elbe-Elster in den Losen 1-3. Die zu errichtenden NGA-Breitbandinfrastrukturen müssen Breitbandverbindungen von mindestens 50 Mbit/s am Endkundenanschluss ermöglichen. Im Los 3 „Gewerbe“ werden höhere und symmetrische Bandbreiten erwartet! Einzelheiten finden sich in den funktionalen Leistungsbeschreibungen für die einzelnen Lose.

Die Zuwendung wird als fester Geldbetrag zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke – dem Differenzbetrag zwischen dem Barwert aller Einnahmen und dem Barwert aller Kosten für den Aufbau und Betrieb des Netzes – gewährt. Die maximale Höhe dieser Zuwendung ist auf den in diesem Vergabeverfahren ausgehandelten Betrag begrenzt. Die Zuwendung wird in Tranchen nach erreichten Meilensteinen ausgezahlt. Mehrausgaben sind nicht zuwendungsfähig und können somit nicht durch die Vergabestelle weiter bezuschusst werden. Der ausgewählte Bieter trägt damit trotz Inanspruchnahme öffentlicher Zuwendungen ein (begrenzt) wirtschaftliches Risiko, wird jedoch auch Eigentümer der zu errichtenden Netze.

3. Leistungszeitraum

Die geförderte Maßnahme ist nach jetzigem Stand bis zum 01.12.2018 abzuschließen. Sie gilt als abgeschlossen, wenn die NGA-Breitbandnetze errichtet, funktionstüchtig (eingemessen und kalibriert) und betriebsbereit sind. Für die Zeit danach besteht die zusätzliche Verpflichtung, das errichtete NGA-Breitbandnetz für einen Zeitraum von mindestens sieben Jahren ab Inbetriebnahme zu marktgerechten Bedingungen selbst

zu betreiben und Breitbandinternetdienste anzubieten oder die Aufrechterhaltung des Netzbetriebes und/oder die Bereitstellung von Breitbandinternetdiensten durch Dritte sicherzustellen.

Aus haushaltstechnischen Gründen kann die Einplanung der anteiligen Zuwendungen aus Landesmitteln sowie Haushaltsmitteln des Landkreises ausschließlich unter Einschränkungen erfolgen. Diese Beträge können unter Einhaltung der Abrufvoraussetzungen nur bis zu bestimmten Zeitpunkten abgerufen werden. Hierbei handelt es sich um Ausschlussfristen. Einzelheiten hierzu können dem Entwurf des Zuwendungsvertrages entnommen werden und werden in den Verhandlungen mit den Bietern erörtert.

Eine Verlängerung der im Vertrag genannten Fristen ist nur in Ausnahmefällen möglich. Das bedeutet für die Bieter, dass spätere Ausgaben nicht mehr zuwendungsfähig sein werden. Sie sind jedoch gleichwohl zum vollständigen, dem Zuwendungszweck entsprechenden Netzausbau und -betrieb verpflichtet. Gleiches gilt, wenn sich im Rahmen der Planungs- und Bauphase herausstellen sollte, dass für die Erreichung des Zuwendungszwecks Mehrausgaben notwendig werden, die über den verbindlich und abschließend festgelegten, maximalen Zuschussbetrag hinausgehen. Hierfür trägt der auszuwählende Bieter das unternehmerische Risiko. Einzelheiten auch hierzu können dem Entwurf des Zuwendungsvertrages entnommen werden.

4. Ausschreibungsunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen gliedern sich wie folgt:

- Aufforderung zur Abgabe eines ersten Angebots im Verhandlungsverfahren des Landkreises Elbe-Elster
- Teil A. Verfahrensbedingungen mit Wertungsmatrix (für sämtliche Lose)
- Teil B. I. Funktionale Leistungsbeschreibung Los 1(Nord)
- Teil B. II Funktionale Leistungsbeschreibung Los 2 (Süd)
- Teil B.III Funktionale Leistungsbeschreibung Los 3 (Gewerbegebiete)
- Teil C. Zuwendungsvertragsentwurf zur Verhandlung (für sämtliche Lose)
- Teil D. Anschreiben (Erstes Angebot im Verhandlungsverfahren) mit „Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots unter Geltung des Brandenburgischen Vergabegesetzes (BbgVergG)“, „Vereinbarung zur Einhaltung

- der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (für sämtliche Lose)
- Wirtschaftlichkeitslückenberechnung (Vorlage wird von der Vergabestelle als Excel-Tool mit Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt.)
 - ferner: Gebäudeadressen Gewerbegebiete im Excel-Tool.

Der Projektträger des Bundes (ateneKom) hat mit dem hier gegenständlichen Förderaufruf nunmehr die Möglichkeit eröffnet, anstelle eines Zuwendungsvertrages mit dem Netzzrichter/-betreiber beim Wirtschaftlichkeitslückenmodell auch einen öffentlich-rechtlichen „Weiterleitungsbescheid“ zu erlassen. Die Vergabestelle behält sich daher vor, die Regelungen dieses Vertragsentwurfs zum Abschluss des Verhandlungsverfahrens alternativ in einen öffentlich-rechtlichen Weiterleitungsbescheid zu übertragen.

5. Vertragsbedingungen

Die Verfahrensbedingungen, die Funktionale Leistungsbeschreibung, die Angebotsunterlage und das Preisblatt werden Bestandteil des Zuwendungsvertrages, ferner die im Entwurf des Zuwendungsvertrags erwähnten Anlagen. Vertragsbedingungen des auszuwählenden Bieters werden nicht Vertragsgegenstand.

6. Nebenbestimmungen

Wir dürfen in diesem Zusammenhang bereits auf die an die Bieter weiterzureichenden und anzuwendenden Vorgaben aus folgenden Regelwerken verweisen:

- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften“ („ANBest-Gk“)
- Besondere Nebenbestimmungen für die auf Grundlage der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ durchgeführten Antrags- und Bewilligungsverfahren, die Umsetzung von Projekten und dazu gewährte Zuwendungen des Bundes“ („BNBest-Gk“)
- Besondere Nebenbestimmungen für den Abruf von Zuwendungen für den Abruf von Zuwendungen im mittelbaren Abrufverfahren im Geschäftsbereich des BMBF („BNBest-mittelbarer Abruf“)

- Einheitliches Materialkonzept, Version 4.1 vom 09.04.2016
- GIS-Nebenbestimmungen, Version 3.1 vom 01.11.2016
- Merkblatt zur Dokumentation der technischen Anlagen und des Baus im Rahmen der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland, Version 1.0 vom 09.04.2016
- Vorgaben für die Dimensionierung passiver Infrastruktur im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus (Vorgaben der Dimensionierung), Version 3.1 vom 01.11.2016
- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung („ANBest-P“).

Diese Vorschriften lassen sich unter folgender Internetadresse abrufen: www.bmvi.de (Digitales > Breitbandausbau > Breitbandförderung)

Diese und weitere Regelwerke werden zur Anlage des Zuwendungsvertrages gemacht werden.

7. Unklarheiten, Aufklärung

Die Bieter haben sich unmittelbar nach dem Erhalt der Unterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Sind die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters unvollständig oder enthalten diese Unklarheiten, so hat der Bieter den Auftraggeber vor der Angebotsabgabe unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

8. Erstes Angebot

8.1 Allgemeines

Das erste Angebot muss vor Ablauf der Angebotsfrist (vgl. Ziff. 8.7) in postalischer Form bei der Zentralen Ausschreibungs- und Vergabestelle (vgl. Ziff. 1.2) eingegangen sein. Bitte verwenden Sie für Ihr Angebot den Angebotskennzettel für den Umschlag.

Für das erste Angebot sind bestimmte Erklärungen und Angaben gefordert (Ziff. 9.). Der Auftraggeber behält sich vor, unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und des Wettbewerbs fehlende Angaben, Erklärungen oder Nachweise von den Bietern nachzufordern. Der Auftraggeber

ist hierzu jedoch nicht verpflichtet. Die Bieter sollten daher in eigenem Interesse von vornherein vollständige, erste Angebote abgeben.

Die Angebotsunterlagen müssen das Angebotsschreiben mit Unterschrift enthalten. Die Namen der Unterzeichner sind zusätzlich in Druckschrift anzugeben und die Vertretungsbefugnis ist in geeigneter Form nachzuweisen. Mit dem Angebot sind die unter Ziff. 9 dieser Verfahrensbedingungen und in Teil D. vorgegebenen Anlagen vorzulegen. Einzelheiten zum Umfang finden sich ferner unter Ziff. 2. und 3. der Funktionalen Leistungsbeschreibung als Teil B. dieser Ausschreibungsunterlage. Zur besseren Beurteilung des Angebots erforderliche Erklärungen können dem Angebot auf besonderer Anlage beigefügt werden.

Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

Die Übermittlung von Angeboten auf elektronischem Wege ist nicht zugelassen.

8.2 Sprache

Das Angebot ist in deutscher Sprache zu verfassen.

8.3 Änderungen am Angebot

Änderungen des Bieters an den Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen des Angebots sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form (vgl. Ziff. 8.6) wie das Angebot einzureichen und zum Angebot zugehörig zu kennzeichnen.

8.4 Änderungsvorschläge

Änderungsvorschläge, die von der Leistungsbeschreibung abweichende Ausführungen oder alternative Vorgehensweisen zugrunde legen, werden zugelassen. Der Bieter ist jedoch gehalten, Änderungsvorschläge zusätzlich zu einem Hauptangebot als Alternativangebot zu unterbreiten. Hierüber wird dann verhandelt.

Änderungsvorschläge müssen auf besonderer Anlage gemacht und als solche gekennzeichnet werden. Der Bieter hat die in den Änderungsvorschlägen

enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben. Die Änderungsvorschläge werden Gegenstand der Angebotswertung.

8.5 Bietergemeinschaften (Projektgruppen)

Die nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften aus aufgeforderten Einzelbewerbern ist nicht zulässig. Ein Angebot einer nachträglich gebildeten Bietergemeinschaft gilt als nicht abgegeben und wird nicht berücksichtigt.

8.6 Form des Angebots

Das erste Angebot ist schriftlich bis zum Ablauf der Angebotsfrist (Ziff. 8.7) in einem verschlossenen Umschlag an die in Ziff. 1.2 genannte Zentrale Ausschreibungs- und Vergabestelle einzusenden oder dort abzugeben.

Der Umschlag ist mit dem Namen (Firma) sowie der Anschrift des Bieters unter Verwendung der beigefügten Angebotskennzettel zu versehen.

8.7 Angebotsfrist

Das vollständige, erste Angebot ist voraussichtlich bis zum verbindlichen Abgabetermin

08.09.2017, 10:00 Uhr

einzusenden oder abzugeben (Eingang bei der Vergabestelle entscheidend). Danach eingehende Angebote werden nicht mehr berücksichtigt.

8.8 Rücknahme von Angeboten

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist (Ziff. 8.7) können Angebote schriftlich oder per E-Mail zurückgezogen werden.

8.9 Rückgabe von Unterlagen

Der Bieter kann schon im Angebot die Rückgabe von Entwürfen und Ausarbeitungen verlangen, falls das Angebot nicht berücksichtigt wird.

9. Mit dem Angebot vorzulegende Erklärungen, Angaben und Nachweise

Die Bieter haben das in Teil D. der Vergabeunterlagen enthaltene Angebotsschreiben vollständig ausgefüllt und unterzeichnet einschließlich der im Teil D. erwähnten Anlagen zum Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Zu den vorzulegenden Anlagen des ersten Angebots gehören insbesondere:

9.1 Wirtschaftlichkeitslückenberechnung und Business-Case

Die vollständig ausgefüllte, als Excel-Tool zur Verfügung gestellte Vorlage zur Wirtschaftlichkeitslückenberechnung für jedes Los.

Außerdem:

Die Vergabestelle fordert mit der Abgabe des Angebots die Darstellung des vollständigen Business-Case mit umfassender Investitionsberechnung. Auf Grundlage des zur Verfügung gestellten Excel-Tools müssen unter anderem die Aufwendungen für den Aufbau und Betrieb des Breitbandnetzes möglichen Einnahmen gegenübergestellt werden. Zur Darstellung des Business-Case sollen zudem folgende Informationen mitgeteilt werden:

- vorhandenes und erwartetes Kundenpotenzial (Ist-Zustand und Ziel-Zustand) und das daraus abzuleitende Umsatzpotenzial
- die für Netzaufbau und -betrieb kalkulierten Kosten, einschließlich der Kosten der Finanzierung,
- Finanzielle Ergebnisse: Welche Mengen des neuen Produktes können in den nächsten Jahren aus welchen Preisen abgerechnet werden, welcher Gewinnbeitrag ist aus dem Produkt zu erwarten?
- erwartete Einnahmen aus der Vermarktung von Vorleistungsprodukten,
- nach Zuschlag und Umsetzung angebotene Dienste sowie Erstproduktangebote.
- Durch welche strategischen Ziele soll das Entwicklungsvorhaben unterstützt werden?
- Welche Aufwendungen sind für die Entwicklung, Lieferung, aber auch für die spätere Wartung und Unterstützung des neuen Produktes vorgesehen?
- Ergebnisberechnung (return on investment), also Zeitraum der notwendig ist, um die Investitionen wieder einzuspielen.

9.2 Schriftliches Erschließungskonzept, insbesondere auch zum Umfang der Erschließung, zur Sicherstellung einer Betriebszeit von mindestens sieben Jahren, einschließlich Vermarktungs-, Wartungs- und Betriebskonzept sowie Möglichkeiten der Upgradefähigkeit der ausgewählten Technik sowie der Darstellung der Zuverlässigkeit, Hochwertigkeit und Zukunftssicherheit der technischen Lösung

Einzelheiten zu dem vorzulegenden Erschließungs- und Betriebskonzeptes und zum „Erwartungshorizont“ für die Bewertung durch die Vergabestelle finden Sie in der Funktionalen Leistungsbeschreibung.

9.3 Schriftliches Konzept im Hinblick auf die Sicherstellung eines offenen und diskriminierungsfreien Zugang auf Vorleistungsebene von mindestens sieben Jahren

Einzelheiten zu dem vorzulegenden Konzept und zum „Erwartungshorizont“ für die Bewertung durch die Vergabestelle finden Sie in der Funktionalen Leistungsbeschreibung.

9.4 Angaben zur Höhe der Preise und Qualität drei standardisierter Produkte für die Bereitstellung einer NGA-Versorgung

Einzelheiten und Erläuterungen zur Bewertung durch die Vergabestelle finden Sie in der Funktionalen Leistungsbeschreibung.

9.5 Änderungswünsche zu einzelnen Regelungen im Vertragsentwurf und zum Umfang der zu stellenden Sicherheiten

Konkrete Angaben zu Änderungswünschen zum Entwurf des Zuwendungsvertrages und zum Umfang der zu stellenden Sicherheiten. Keine Änderungswünsche werden mit neutral bewertet, Änderungswünsche, die sich vorteilhaft für die vergabestelle auswirken können, werden besser bewertet, Änderungswünsche zum Nachteil der Vergabestelle werden schlechter bewertet.

10. Einsatz von Unterauftragnehmern

Der Einsatz von Unterauftragnehmern bzw. Subunternehmen ist grundsätzlich möglich, soweit an diese die Verpflichtungen aus dem Zuwendungsvertrag ebenfalls weitergegeben werden, vgl. auch Erklärungen in der Angebotsunterlage.

11. Ablauf des Verhandlungsverfahrens

Die rechtzeitig eingegangenen ersten Angebote werden in einem ersten Schritt vorläufig ausgewertet. Sodann werden Bieter zu einem Termin eingeladen und mit diesen Verhandlungen geführt. Hierzu kann die Vergabestelle auf der Grundlage der vorläufigen Auswertung Fragen stellen und/oder Hinweise vorab geben. Aller Voraussicht nach werden mehrere Verhandlungsrunden mit den einzelnen Bietern notwendig sein.

Die ersten Verhandlungen werden nach jetzigem Stand voraussichtlich in der 39./40. Kalenderwoche 2017 geführt. Wahrscheinlich werden weitere Verhandlungen notwendig sein.

Es wird den Bietern anschließend Gelegenheit gegeben, auf Grundlage der Verhandlungen überarbeitete Angebote abzugeben. Dafür wird die Vergabestelle den dafür ausgewählten Bietern eine weitere Angebotsfrist setzen.

12. Zuschlagskriterien/Wertungsmatrix

Die Bewertung des maßgeblichen, letztverbindlichen Angebots erfolgt anhand der in der Anlage zu diesen Verfahrensbedingungen dargestellten Wertungsmatrix und den dort genannten Wertungskriterien. Die Vergabe der Punkte beim Zuwendungsbetrag (Ziff. I.) erfolgt nach folgender Formel:

$$\text{Punkte} = \frac{\text{niedrigster geforderter Zuwendungsbetrag}}{\text{geforderter Zuwendungsbetrag des Bieters}} \times \text{maximale Punktzahl aus Matrix}$$

Der Zuschlag soll – je nach Verlauf des Verhandlungsverfahrens – noch Ende 2017 erfolgen.

13. Zuschlagsfrist/Bindefrist

Die Zuschlagsfrist beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist. Der Bieter ist bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist an sein Angebot gebunden. Dies gilt auch für überarbeitete Angebote, die im Verlauf des Verhandlungsverfahrens abgegeben werden. Die Zuschlags- und Bindefrist endet am

31.10.2017

14. Kosten

Für die Erstellung der Angebotsanlagen werden keine Kosten erstattet.

15. Bestimmung über nichtberücksichtigte Angebote

Nicht berücksichtigten Bieter wird die Ablehnung ihres Angebotes unter Angabe der Gründe für die Ablehnung ihres Angebotes und des Namens des erfolgreichen Bieters mindestens 10 Kalendertage vor Zuschlagserteilung mitgeteilt (§ 134 GWB).

16. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen führen zum Ausschluss des Angebots. Werden diese erst nach Zuschlagserteilung bekannt, berechtigen sie den Auftraggeber zur Kündigung des Vertrags. Weitere Ansprüche bleiben vorbehalten.

17. Veröffentlichung

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter damit einverstanden, dass im Fall der Zuschlagserteilung auf sein Angebot, sein Name und der Förderbetrag bekanntgegeben und nichtberücksichtigten Bieter gemäß § 134 GWB mitgeteilt wird.

18. Datenschutz

Der Bieter erklärt sich mit der Abgabe seines Angebots damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können.

19. Nachprüfungsstelle

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen kann sich der Bewerber bzw. Bieter an die

Vergabekammer des Landes Brandenburg
beim Ministerium für Wirtschaft und Energie
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

wenden.

Ob sich die Vergabekammer aufgrund der Besonderheiten dieses Verfahrens (Vergabe von Fördermitteln, kein vergaberechtlicher Beschaffungsvorgang) für zuständig erklären wird (vgl. Ziff. 1.3) kann die Vergabestelle naturgemäß nicht für die Vergabekammer entscheiden. Die Entscheidung obliegt ausschließlich der Vergabekammer. Wir weisen gleichwohl darauf hin, dass ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig ist, sofern ein Verstoß nicht fristgerecht bei der Vergabestelle gerügt wird. Es sind die Rechtsbehelfsfristen und Präklusionsbestimmungen nach § 160 Abs. 3 GWB zu beachten.

Wir weisen ferner darauf hin, dass der Bieter wegen der Möglichkeit der Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens mit Akteneinsicht aller Beteiligten nach § 165 Abs. 1 GWB mit der konkreten Möglichkeit rechnen muss, dass ein Angebot mit allen wesentlichen Bestandteilen von den Beteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Daher liegt es in seinem Interesse, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe, die nach § 165 Abs. 2 GWB die Vergabekammer veranlassen, die Einsicht in die Akten zu versagen, hinzuweisen und diese in seinen Angebotsunterlagen entsprechend kenntlich zu machen. Zur Durchsetzung seiner Rechte muss sich der Bieter in einem solchen Falle an die Vergabekammer wenden.

Anlage zu Teil A. Verfahrensbedingungen

– Wertungsmatrix –

Zuschlagskriterium	Punkte maximal, Berechnung gemäß mitgeteilter Formel ¹
I. Zuwendungsbetrag	400

Zuschlagskriterium/Punkte	sehr überzeugend	überzeugend	gut	durchschnittlich
II. Qualität des Erschließungskonzepts, insbesondere auch zum Umfang der Erschließung, zur Sicherstellung einer Betriebszeit von mindestens sieben Jahren, einschließlich Vermarktungs-, Wartungs- und Betriebskonzept sowie Möglichkeiten der Upgradefähigkeit der ausgewählten Technik sowie der Darstellung der Zuverlässigkeit, Hochwertigkeit und Zukunftssicherheit der technischen Lösung ²	300	200	100	50

¹ Vgl. Verfahrensbedingungen und Leistungsbeschreibung.

² Jeweils vor dem Hintergrund der konkret mitgeteilten Ziele, des „Erwartungshorizontes“ – insbesondere einer gewünschten 100 %-Abdeckung – und der zukünftigen Nutzungen in der Leistungsbeschreibung.

III. Qualität eines Konzeptes im Hinblick auf die Sicherstellung eines offenen und diskriminierungsfreien Zugang auf Vorleistungsebene von mindestens sieben Jahren ³	100	75	50	25
--	-----	----	----	----

Zuschlagskriterium	Punkte maximal, Berechnung gemäß mitgeteilter Formel ⁴
IV. Preise drei standardisierter Produkte für die Bereitstellung einer NGA-Versorgung	100

Zuschlagskriterium/Punkte	vorteilhaft für AG	zugunsten des AG	neutral	zulasten des AG
V. Änderungswünsche zu einzelnen Regelungen im Vertragsentwurf. ⁵	100	75	50	0

³ Im Rahmen einer Gesamtbetrachtung – Die Vergabestelle wünscht sich größtmöglichen Wettbewerb beim offenen Zugang, moderate Vorleistungspreise zur Sicherstellung des Wettbewerbs und eine technische Lösung, die langlebig und damit zukunftssicher ist.

⁴ Vgl. Leistungsbeschreibung.

⁵ Im Rahmen einer Gesamtbetrachtung.